

Deutsche Reichs-Zeitung.

Organ für das katholische deutsche Volk.

Abonnement: Vierteljährlich pränum. für Bonn incl. Traglohn 4 Mark (1 Thlr. 10 Sgr.); bei den deutschen Postämtern und für Luxemburg 4 Mark (1 Thlr. 10 Sgr.).

Die Deutsche Reichs-Zeitung erscheint täglich, an den Wochentagen Abends, an Sonn- und Festtagen Morgens. Inventionsgebühren für die Beitzteile oder deren Raum 15 Rpfr. (1 1/2 Sgr.).

Zur Ausführung des Klostergesetzes.

Unter obiger Ueberschrift berichtet die neueste Nummer der Provinzial-Correspondenz von den durch die Minister des Innern und der geistlichen Angelegenheiten erlassenen Vorschriften über die Ausführung des am 31. Mai d. J. vollzogenen und unter dem 3. Juni publicirten Klostergesetzes. Nachdem in der gestrigen Nummer der „Deutschen Reichs-Zeitung“ jener Artikel der „Provinzial-Correspondenz“ wörtlich abgedruckt ist, möge uns heute eine kurze Besprechung des fraglichen Artikels gestattet sein.

Zunächst bemerkt die Prov.-Corresp., daß „Niederlassungen, deren Errichtung nach dem 3. Juni fällt, von vornherein nicht mehr gestattet sind; hiervon machen auch die der Krankenpflege gewidmeten Genossenschaften keine Ausnahme“.

Beregenwärtigen wir uns die Bedeutung jener Maßregel und zwar, da die anderen Orden kaum noch in Betracht kommen, speciell für die der Krankenpflege gewidmeten Orden und Genossenschaften. Die Krankenpflege, wie sie in den katholischen Orden geübt wird, wurzelt in dem Eifer gottgeweihter Personen, männlichen und weiblichen Geschlechtes, aus Liebe zu Gott und zu den Nächsten der leidenden Menschheit Hülfe und Trost zu bringen. Dieser Idee entsprechend geht das Bestreben jener, unter kirchlicher Approbation bestehenden Genossenschaften dahin, überall dort Niederlassungen zu gründen, überall dort als barmherzige Samaritanen und Samaritanerinnen zu erscheinen, wo Krankheit und Elend ihren Einzug gehalten haben. Demnach ist es ihrer Bestimmung direct entgegen, ihre Wirksamkeit auf bestimmte Orte zu beschränken, sie suchen sich im Gegentheil überall dort niederzulassen, wo ihre Hülfe nöthig ist oder gewünscht wird. Diesen ihren Zweck und Beruf sollen sie aber nach der Prov.-Corresp. in Zukunft auf preussischem Boden nicht mehr erfüllen können.

Schlummer aber noch als das Obige ist die folgende von der „Prov.-C.“ mitgetheilte Bestimmung:

„Später (d. h. nach dem 3. Juni d. J.) eingetretene oder aus einer anderen Niederlassung dorthin versetzte Mitglieder werden sofort zu entlassen und die Wiederaufnahme derselben bei Vermeidung sofortiger Auflösung der Niederlassung zu untersagen sein.“

Wenn wir diese Verfügung recht verstehen, so soll von jetzt ab kein Ordensmitglied mehr von einer Niederlassung in die andere versetzt resp. aufgenommen werden dürfen bei Strafe der sofortigen Auflösung der betreffenden Niederlassung. Wir wollen hier nicht weitläufig auseinandersetzen, wie der Wechsel der Personen in den einzelnen Klöstern von der kirchlichen Behörde mit weiser Vorsicht angeordnet ist, um hierdurch einer Erschließung des kirchlichen Sinnes und Geistes, die bei einer ewigen Stabilität nur zu leicht eintreten könnte, vorzubeugen. Jeder, der in etwa die Geschichte und Entwicklung des klösterlichen Lebens kennt, weiß, wie gerade der zeitliche Aufenthalt der Mönche und Nonnen in ein und demselben Kloster ein Hauptgrund des allmählichen Verfallses so vieler Klöster in früheren Zeiten war, und wie die neu eingeschärfte Verordnungs vom stetigen Wechsel, die Orden der letzten Jahrhunderte zu so hoher Blüthe gebracht und sie in Blüthe erhalten hat. Doch, wie gesagt, wir wollen uns mit dieser mehr inneren und geschichtlichen Frage nicht weiter befassen. Suchen wir die Tragweite jener Bestimmung lieber an einem praktischen Beispiel klar zu machen. Gesetzt den Fall, hier in Bonn breche eine verheerende Seuche aus, die täglich Hunderte aus Krankenzugern weise. Gar bald würden die Kräfte der hier so segensreich wirkenden barmherzigen Schwestern nicht mehr ausreichen, Ärzte und Kranke schreien und jammern nach Hülfe und Beistand der Schwestern; sofort würden dieselben sich um Ausschilfe nach den in Köln und anderen Orten bestehenden Niederlassungen wenden und — das wissen wir aus Erfahrung — innerhalb 24 Stunden würde ausreichende Hülfe da sein, auch wenn diese „Engel der Liebe und Barmherzigkeit“ damit dem sichersten Tode entgegen gingen. Aber was würde nun geschehen? Da stände die verhängnisvolle Bestimmung, die Bonner Niederlassung dürfe keine Schwestern aus anderen Stationen aufnehmen und, wenn sie es thäte, würden nach jener Verordnung die aus Köln u. gekommenen Schwestern nicht nur sofort entlassen werden, sondern auch die beständige Niederlassung zur Strafe aufgelöst werden. So verstehen

und müssen wir den obigen Satz der „Provinzial-Correspondenz“ verstehen. Ueber die event. verhängnisvollen und furchtbaren Folgen desselben aber brauchen wir weiter kein Wort zu verlieren. Jeder, der Gelegenheit gehabt hat, das Walten einer katholischen barmherzigen Schwester am Krankenlager zu beobachten, wird das zu würdigen wissen.

Im Weiteren heißt es:

„Falls von einer Genossenschaft, welche sich ausschließlich der Krankenpflege widmet, die Aufnahme neuer Mitglieder beabsichtigt wird, so muß das betreffende Gesuch an die Minister zur Entscheidung eingereicht werden.“

Auch diese Bestimmung ist, wie auf den ersten Blick erhellt, von der einschneidenden Bedeutung. Wenn unsere Brüder und Schwestern, nach reiflicher Ueberlegung, Vater und Mutter, Bruder und Schwester, Reichtum und Ehre, kurz alles verlassen, um sich ganz dem Dienste ihrer leidenden Mitmenschen hinzugeben, so thun sie das aus einem hohen und edlen Motiv, folgend dem Rufe des göttlichen Erlders: „Verlasset Alles und folget mir nach.“ Nun aber sollen diese Helden und Heldinnen, nachdem sie den Schritt ernstlich vor Gott und ihrem Gewissen überlegt haben, zur Ausführung ihres Vorhabens, in welchem sie ihr zeitliches und ewiges Glück zu finden hoffen, der Erlaubnis eines Ministers bedürfen! Wir meinen doch, daß wäre eine Beschränkung der persönlichen Handlungs-Freiheit, wie sie schlimmer kaum denkbar ist und wir bezweifeln sehr, ob sich viele einer solchen Forderung unterwerfen würden. Wir glauben vielmehr, daß unter solchen Umständen manche auf den Eintritt in den Orden verzichten oder, der inneren Stimme folgend, im Auslande sich dem Dienste der Leidenden widmen würden. Und wahrlich, das Ausland würde diese edlen Söhne und Töchter unseres Vaterlandes mit Freuden und offenen Armen aufnehmen. Endlich dann noch eine praktische Frage betreffend dieses Punktes. Wie soll denn der Minister über ein Gesuch zur Aufnahme entscheiden? Die Bestimmung soll doch offenbar u. a. den Zweck haben, zu untersuchen, ob der oder die Betreffende für den Orden passend und tauglich ist. Sollen nun etwa die Petenten nach Berlin reisen, um sich persönlich vorzustellen oder soll ein Commissar zur Besichtigung bestellt werden? Wir glauben, daß die Betreffenden sich beide Arten höflich verbitten werden. Und doch ist uns unverständlich, wie denn anders das Ministerium einen Entscheid treffen will.

Endlich gibt uns die „Prov.-C.“ noch Aufschluß über die beabsichtigte Aufsicht des Staates, der sich alle Orden sollen unterwerfen müssen. Da heißt es:

„Selbstverständlich wird es sich hierbei nicht bloß um Einsichtnahme der Statuten, um sichte Kenntniß der in den Niederlassungen aufgenommenen Personen und zeitweise Inspectionen der Localitäten, sondern vorzugsweise um Ueberwachung der gemeinsamen von der Genossenschaft in Erziehung, Unterricht und Krankenpflege entwickelten Thätigkeit handeln, damit Ausschreitungen jeder Art verhindert und für die Beobachtung der geistlichen Vorschriften Sicherheit gewonnen wird. Diese Aufsicht wird dagegen selbstredend jeden Eingriff in das Ordensleben als solches zu vermeiden haben.“

Also vollständige staatliche Ueberwachung, ob die geistlichen Vorschriften beobachtet werden. Ohne auf die staatliche Aufsicht, die schon häufiger gewürdigt ist, einzugehen, wollen wir uns nur die Frage erlauben: Was heißt das „gesetzliche Vorschriften“? Haben wir denn noch etwa neue zu erwarten? Und wenn, werden sich dann diese an die von den kirchlichen Oberen gegeben oder approbirten Statuten anschließen, oder mit diesen in Widerspruch treten, sie vielleicht ganz aufheben? Wer sagt uns, daß durch solche „gesetzliche Vorschriften“ nicht die ganze Organisation der katholischen Orden aufgehoben wird?

Das Vorstehende wird, wie wir glauben, zur Charakterisirung des von der „Provinzial-Correspondenz“ in Aussicht Gestellten genügen und so wollen wir denn mit der Frage schließen: Was wird geschehen, wenn die Anordnungen der Minister so lauten, wie das officielle Organ meldet? Werden unsere Orden, namentlich die mit der Krankenpflege beschäftigten, welche von dem Auflösungsgezet noch nicht betroffen sind, unter solchen Bedingungen weiter in Preußen bestehen können? Wir wollen uns kein Urtheil erlauben das entscheidende Wort haben in dieser Angelegenheit unsere kirchlichen Oberen, die Bischöfe, zu sprechen, und ihren Bescheid wollen wir abwarten. Das aber ist unsere feste

Ueberzeugung: Lauten die ministeriellen Anordnungen so, wie die „Provinzial-Correspondenz“ angibt, so wäre damit ein Bestehen der Orden und Congregationen auf die Dauer unmöglich gemacht. Ein großer Theil ihrer Wirksamkeit wäre damit lahm gelegt, sie wären so gut wie auf den Aussterbe-Etat gesetzt und ihre völlige Auflösung nur noch eine Frage der Zeit.

Deutschland.

ss Berlin, 8. Juli. Die Magdebr. Ztg. bestätigt heute anscheinend offiziös die telegraphisch bereits gebrachte Nachricht von der Absicht des Kaisers, im September oder Oktober die vielbesprochene Reise nach Italien zu unternehmen. Dieser Artikel des „gutunterrichteten“ Organs zeigt wieder so recht deutlich, wie es unseren Offiziösen auf eine mehr oder minder große Züntere nicht ankommt, wenn es sich um die Erfüllung eines Lieblingswunsches handelt. So heißt es dort u. a.: „Die Aerzte sollen mit dem augenblicklichen Befinden des Kaisers derart zufrieden sein, daß sie nach den Mandverstrapazen des Monarchen und anderen aufreizenden Excurtionen z. B. nach Detmold zur Einweihung des Hermannsdenkmals, einen Abstecher nach der Lombardei für äußerst erprießlich erachten. — Also eine Reise von Berlin nach Detmold ist für den hohen Herrn eine aufreibende Excurtion, eine Reise von Berlin nach der Lombardei ein äußerst erprießlicher Abstecher. O, diese — geographische Verwirrung auf dem Redaktionslokal der Magdeburgerin!“

Der königl. Hof legte heute für den Kaiser Ferdinand I. von Oesterreich die Trauer auf drei Wochen an.

Die „Prov. Corr.“ schreibt über das Gesetz, betr. die Verwaltung des Kirchen-Vermögens:

„Zur Ausführung des Gesetzes über die kirchliche Vermögensverwaltung, welches am 1. October dieses Jahres in Kraft treten soll, sind jetzt nach erfolgter Publikation die erforderlichen Einleitungen getroffen. Es wird daher auch an die bischöflichen Behörden, insofern die betreffenden Kreise in gesetzlicher Weise besetzt oder verwaltet sind, seitens der Oberpräsidenten unterweist die Aufforderung ergehen, die im Gesetze vorgeschriebene Erklärung, den Vorschriften des Gesetzes in allen Punkten Folge leisten zu wollen, binnen 30 Tagen abzugeben. Wo dies geschieht, tritt die den bischöflichen Behörden im Gesetze eingeräumte Mitwirkung bei der Vermögensverwaltung ein. Wird die Abgabe der Erklärung verweigert oder lautet dieselbe ablehnend, so gehen die Rechte der bischöflichen Behörde im Bezug auf die Vermögensverwaltung nach der Bestimmung des Gesetzes ohne Weiteres auf die Staatsbehörden über. Sollte bei denjenigen bischöflichen Behörden, welche gegenwärtig sich weigern, dem Gesetze Folge zu geben, späterhin eine Sinnesänderung eintreten, so wird es denselben überlassen bleiben müssen, den Weg der Rückkehr zu dem Gesetze zu finden und eine dem entsprechende Erklärung an geeigneter Stelle abzugeben.“

Wie man hört, wird demnächst ein Theil des Unterrichts-Gesetzes nach dessen Schluß-Fassung veröffentlicht werden, damit die öffentliche vorzugsweise sachverständige Kritik Gelegenheit habe, sich zu äußern, und die Ministerial-Stelle die gemachten Erinnerungen zu berücksichtigen in der Lage sei. Nachdem die Kreis- und Provinzial-Ordnung jetzt theilweise in Kraft getreten, bezw. demnächst in Kraft tritt, sind die bis dahin von dem Unterrichts-Minister vermißten Grundlagen, namentlich in Betreff der Volksschule, gegeben. So viel man übrigens glaubhaft vernimmt, schreibt die „R. Ztg.“ beabsichtigt die oberste Unterrichts-Verwaltung in keiner Weise, den Grundsatz einer confessionlosen Volksschule aufzuheben, demselben aber, unter gewissen gegebenen Verhältnissen, auch nicht unbedingt zu widerstreben. Die Confessionalität der höheren Unterrichts-Anstalten wird aber in keiner Weise mehr aufrecht zu erhalten sein, so daß eben nur eigene Stiftungs-Urkunden oder Special-Satzungen hier einen Unterschied festzuhalten gestatten werden.

Wie es heißt, wollen verschiedene Reichstagsmitglieder in der nächsten Reichstags-Session mehrere auf das eigentliche Budgetrecht bezügliche grundsätzliche wichtige Fragen bei den Budgetberatungen zur Sprache bringen, falls sich nicht die Gelegenheit dazu bei der Beratung des Gesetzentwurfs über die Verwaltung der Einnahmen und Ausgaben des Reichs und über den Reichs-Rechnungshof finden sollte. Beide eben erwähnte Gesetzentwürfe werden den nächsten Reichstag jedenfalls zu beschäftigen haben, und die Reichs-regierung wird dieselben unter Berücksichtigung einzelner, wenn auch nicht aller Monita des Reichstages um so mehr wieder vorlegen, als beide Entwürfe, namentlich der über den Rechnungshof, so viele andere mit ihm, sie sah im Geiste das Elend, was über Wolfgang kommen mußte: Kerkerhaft, Verbannung und zahllose Thränen.

Eine qualvolle Angst und Unruhe bemächtigte sich ihrer, sie wollte und mußte helfen und mußte doch nicht, wie. Ihm Schreiben — wie leicht konnte der Brief in unrechte Hände kommen, und die Sache noch ärger machen als sie war, wie leicht auch konnte die Mittheilung sich verspäten und dadurch unnütz werden.

Eine Stunde und noch eine war so verronnen im Ueberlegen, Beschließen und Berwerfen, ohne daß sie ihrem Ziele auch nur im mindesten näher gerückt wäre. Zum erstenmale hatte sie weder Theilnahme noch Antwort für des Kindes Geplauder, das sich längst anderen Gegenständen zugewandt hatte; eine schieferhafte Unruhe trieb sie von einem Zimmer ins andere, ans Fenster, um hinauszuspähen, an den Schreibtisch, um ihn zu warnen und während sie zauderte, verging die Zeit. Inzwischen war die Generalfin zurückgekehrt, Elisabeth hörte den Wagen vorfahren, sie dachte voll Angst und Entsetzen daran, was weiter in dieser Angelegenheit beschloffen, ja, schon getan sein möchte und der ungewohnte Befehl, mit dem Kinde herabzukommen, traf sie beinahe wie ein Urtheilsspruch.

Es war indessen nur Adelheid's eigene Unruhe, ihr mahnendes Gewissen, welches ihr die Nähe eines menschlichen Wesens zum Bedürfnis machte und die Hast, mit der sie die Gedanken an Wolfgang und das heranabende Unheil zu beläuben suchte und von einem Gefährtschisma zum andern sprang, ließ ihr keine Zeit zu bemerken, wie zerstreut Elisabeth war, wie wenig ihre Antworten auf die an sie gerichteten Fragen paßten. Weiber Gedanken fliegen demselben Gegenstande zu, aber während in Adelheid's Empfinden sich Zaghaftigkeit und Reue mischte, wurden die Gefühle des jungen Mädchens von dem Willen gestählt, helfen und retten zu wollen. Sie erwog nicht, ob sie in diesem Falle ein Recht dazu habe, sie fragte, nach Frauenart, nicht ihren Verstand, sondern ihr Herz, und im Vordergrund dieses Herzens stand Wolfgang. (Fortf. folgt.)

?? Schloß Elkrath.

Roman von Solo Raimund.

(Fortsetzung.)

Elisabeth hob bestürzt das Kind auf ihren Schooß, es mußte sich um etwas Wichtiges handeln, wenn Adelheid weinen konnte und Wolfgang betraf es augenscheinlich. Niemals sonst fragte sie das Kind aus, sie haßte alles, was dem ähnlich sah und schnitt sehr häufig Mittheilungen ab, wenn sie glauben mußte, sie seien unbefugt. Diesmal jedoch fand eine Ausnahme statt, ihr Gewissen sprach sie von jeder müßigen Neugier frei.

„Wer will denn Onkel Wolfgang etwas thun?“ fragte sie.

„Der Präsident wollte es. Jetzt nehmen sie ihm nur die Briefe weg und die Schriften und die Namen; Adelheid bekommt auch etwas davon ab. Aber sie thun Onkel Wolfgang nichts, Elisabeth, du kannst es dem Präsidenten glauben.“

Es war Elisabeth nicht möglich, aus dieser Erzählung klug zu werden, sie fühlte nur klar und bestimmt, daß Wolfgang Unannehmlichkeiten oder gar Gefahr drohe. „Ich glaube, Du hast gar nicht gut gehört, Du hast nur geträumt“, sagte sie.

„Nein, Elisabeth, ich weiß wohl alles ganz gut. Von Polen haben sie gesprochen, und von Grabiowsky, weißt Du, der mit Onkel Wolfgang ist, und von den schlimmen Zeiten und den bösen Menschen, und dem Unglück“ —

„Was für ein Unglück?“

„Von dem was kommt, wenn die Polen nicht unschädlich gemacht werden. Das Land wird wieder ganz elend, Elisabeth, und Zwietracht kommt und auch Unruhe.“

Sie lächelte mitten in ihrer Beforgniß. „Nun, und jetzt kommt sie nicht?“

„Nein“, sagte das Kind zuversichtlich, „jetzt nicht. Der Präsident sagte es.“

„Warum wollten sie denn Anfangs Onkel Wolfgang etwas thun?“ fragte das junge Mädchen.

„Ach, weil die Polen immer bei ihm sind. Adelheid sagt, es

sind gar keine Officiere, die zu ihm kommen, es sind Polen, die Abends Uniform anziehen, damit man nicht Acht auf sie giebt. Onkel Wolfgang hebt alle ihre Namen und Briefe auf; Adelheid weiß es, und sie weiß auch, daß seine Geliebte Politik heißt.“

Elisabeth dunkelte es vor den Augen; sie entsann sich jetzt, daß Adelheid einige Worte hatte fallen lassen, der General sei in einer wichtigen Angelegenheit in Berlin gewesen und der alte Herr hatte einmal über verfluchte polnische Umtriebe gebrummt. Sie erinnerte sich auch, daß er Wolfgang gelegentlich gewarnt hatte, er möge sich nicht zu Grabiowsky's politischen Ansichten, noch zu Belanngschaften hinneigen, die den sichereren Weg auf die Festung vermittelten; und die Zeitungen hatten in jüngster Zeit Nachrichten über Wahlumtriebe und bedenkliche Aufregung in den polnischen Districten gebracht.

„Warum weinte denn Adelheid?“ fragte Elisabeth nach kurzem Nachsinnen wieder.

Weil Onkel Wolfgang auf die Festung käme, deshalb weinte sie. Sie sagte sie habe Mitleid mit seiner Jugend. Nun sorgt aber der Präsident, daß man ihm nichts thut, und der Präsident erzählt ihr nachher alles, auch was sonst noch für Briefe gefunden sind. Für die anderen hat Adelheid nicht gebeten, der Präsident sagte, denen kann es schlimm gehen.“

Elisabeth blieb sprachlos sitzen; sie wußte es nun, er war verrathen, elend verrathen von der Frau, die er so heiß geliebt. Ob und wie weit Wolfgang wirklich compromittirt war, welches die Folgen sein konnten und inwieweit des Präsidenten Wort und Schutz gültig und ausreichend war, das ließ in diesem Augenblicke sich gar nicht ermesen. Sie hatte ja nur Andeutungen von der ganzen Sachlage, aber so viel des Kindes abgeriffene und verworrene Mittheilungen sich durchschauen ließen, handelte es sich um Wichtiges.

Elisabeth hielt sich jetzt nicht bei den Muthmaßungen auf, was Adelheid zu diesem folgenschweren Schritte bewogen hatte. Sie war nur beschäftigt mit der Gefahr, in der er schwebte, er, und

nicht länger aufgehoben werden können. Ist letzterer schon möglich, so muß ersterer Ordnung und Sicherheit in die Finanzverwaltung bringen, an welchen es freilich jetzt auch nicht fehlt. Allein das Gesez muß den Gebrauch endgültig ersetzen.

Mit Rücksicht auf die bevorstehende Durchführung der Provinzial-Ordnung ist auch die Frage entstanden, ob die Versammlungs-locale der bisherigen Provinzial-Landtage auch für die Sitzungen der neuen Provinzial-Landtage liberal ausreichend sein werden. Bei der Ermittlung des künftigen Raumbedarfs ist zu berücksichtigen, daß die Zahl der Mitglieder der neuen Provinzial-Landtage eine größere sein wird als die der alten; daß den Sitzungen auch der königliche Commissarius und die seiner Vertretung oder Unterführung abgeordneten Staatsbeamten, so wie die Mitglieder des Provinzial-Ausschusses, der Landes-Director (Landeshauptmann) und die ihm zugeordneten obere Beamten beiwohnen, und daß die Sitzungen der neuen Provinzial-Landtage öffentlich sein werden. Es dürften (laut officieller Meldung) mit Rücksicht hierauf in den betheiligten Provinzen die erforderlichen Ermittlungen bald stattfinden.

Die Reichs-Justiz-Commission hat beschloffen, vom 10. Juli bis 1. Sept. ihre Sitzungen zu vertagen. Wie die 'Volkszeitung' erfährt, liegt die Abfertigung vor, vom 1. Sept. ab die Sitzungen in Baden-Baden fortzusetzen.

Der König hat vor seiner Abreise von Ems auch noch das Gesez betreffend „die Rechte der altkatholischen Kirchengemeinschaften an dem kirchlichen Vermögen der katholischen Gemeinden“ vollzogen.

Ein Nicht-Mediciner, welcher die Berechtigung hat, den Doctor-Titel zu führen, ist nach einem Obertribunals-Erkenntniß vom 27. Mai c. strafbar, wenn er sich seines Doctor-titels bedient, um beim Publicum dadurch den Glauben zu erwecken, er sei eine geprüfte Medicinalperson. Eine Person, die sich einen „Doctor“ aus Philadelphia verschrieb und sich obigen Vergehens schuldig machte, wurde verurtheilt.

Die vertragsmäßige Annahme eines Vicars seitens eines Geistlichen, welche vor Erlass der Maigesetze erfolgt ist, deren bischöfliche Approbation jedoch erst nach Erlass der Maigesetze hinzutrat, unterliegt nach einem Erkenntniß des Obertribunals vom 18. Juni d. J. den maigesetzlichen Vorschriften.

München, 7. Juli. Die liberalen Blätter sind mit großer Energie in den Wahlkampf eingetreten. Da sie aber dem Publicum das „Reich“ mit seinen Segnungen nicht anpreisen können, indem selbst in liberalen Schichten mit dem bisherigen Gange der Dinge eine große Unzufriedenheit sich kundgibt, so greifen die reichsfreundlichen Organe zu anderen Mitteln. Die Segner werden beschimpft, geschmäht, in den Roth gezogen. — Sie haben kürzlich eine kleine Probe mitgetheilt, wie die „Südb. Presse“ die Herren Grafen Arco und Preysing behandelt. In ähnlicher Weise gehen die liberalen Blätter mit dem Klerus um. Bald wird ein Schreiben von Seelsorgsgeistlichen an den Herrn Erzbischof fingirt und statt eines „Bischofsartikels“ dem liberalen Publicum geboten. Bald erfinden die „Neuesten Nachrichten“ eine Wahrede, welche der Herr Erzbischof bei einer Firmung, vom Altare gehalten haben soll, was alles erlogen ist. Hervorragende Persönlichkeiten der ultramontanen Partei sind den gewöhnlichen Angriffen der Lüge und Verleumdung ausgesetzt. Endlich liefert die Bulle de componenda für eine ganze Reihe von Leitartikeln eine Ueberfülle von Stoff. Selbstverständlich wird den Lesern der nach den Sittengesetzen des Christenthums ganz korrekte Inhalt der Bulle nicht mitgetheilt, sondern es wird für das Publicum ein Bild entworfen, als ob diese Bulle die ungeheuerlichsten Sachen enthalten würde. Im Tone eines Marxschreiers wird den Lesern allerlei Verdrehung und Lüge vorgeführt und dann ausgerufen: „Das ist die Moral der Ultramontanen.“ Es ist ein Zeichen, daß die liberale Partei sittlich und geistig dem Bankrotte nahe stehe, indem sie den Wahlkampf nicht mehr mit anständigen Waffen, sondern nur mehr mit bewusster Unwahrheit und Verleumdung führen kann. So war es übrigens schon im Jahre 1869. Auch dortmals bestand die liberale Agitation ausschließlich in Verdächtigung und Beschimpfung der gegnerischen Partei. Der sel. Benefiziat Brindl von Ingolstadt sammelte die hervorsteckendsten Beschimpfungen in einer ziemlich umfangreichen Brochüre, betitelt: „Liberales Schimpflexikon.“ Diese Schrift bildet einen sprechenden Commentar zur Cultur der liberalen Partei im 19. Jahrhundert. Es ist kaum glaublich, welche Ausbrüche an Rohheit und Verwilderung in dieser Brochüre angehäuft und aufgeschöpft ist. Der Ausdruck „Lüngerwagen“ paßt nicht bloß für die Nordb. Allg. Ztg., sondern für die Mehrzahl der liberalen Kulturkampfblätter. Und trotzdem haben diese Organe den Muth, den ultramontanen Zeitungen — Rohheit vorzuwerfen.

München, 7. Juli. Aus dem Wahlbezirk Sulzbach wird der „Ambg. Bzg.“ mitgetheilt, daß in dem dazu gehörigen Bezirksamte S. der dortige protestantische Bürgermeister von dem Bezirksamtmann eingeladen worden, sich mit einem wirklich liberalen Mitgliede ihrer Gemeinden auf dem Amstuge in A. zur Besprechung der bevorstehenden Gemeindevahlen einzufinden. Damit wüßten wir also, wozu die Amstuge dienen. Solcher Rathen werden, bemerkt dazu das Blatt, unsere Leute gedrückt. D. h. die protestantische Bevölkerung wird von Bürgermeistern durch das l. Bezirksamt zurecht gerichtet und unsere Katholiken werden mundtot gemacht. Zeugniß dafür ist die Anordnung, daß der fast ganz katholische Bezirk Simleithen-Gassenhofen nach Reutlingen zur Wahl kommandirt ist, wo sie mit einem der Katholiken in Reutlingen kaum 30—40 Stimmen durchbringen, während Ebersfeld nach Königsheim kommt, wo die Katholiken wieder überstimmt werden.

Aus dem Kanton Annweiler. Die Wahltheilnahme für die Urwahlen ist seit einigen Tagen bei uns bekannt geworden und man kann sagen, daß das Bezirksamt seinen Reiter in München als Muster für die Theilnahme genommen hat. Früher, z. B. wählten Ramberg, Dernbach und Eufertal zusammen und der Wahlort war Ramberg. Jetzt ist es anders; Dernbach ist abwärtsverlegt und somit todteigentlich. Ramberg als der größere Ort mit etwa 1100 Seelen muß in Eufertal zusammen mit Grefenhausen wählen. Die liberale Berechnung ist folgende: Das protestantische Grefenhausen wird jährlich auf dem Wahlplat erscheinen, dagegen die Katholiken von Ramberg werden zu Hause bleiben, und so wäre es möglich, daß liberale Wahlmänner aus der Urne hervorgingen. Eicher ist aber diese Berechnung falsch, denn jetzt werden die wahlfähigen Wahlmänner von Ramberg um so eifriger an der Urne erscheinen und sich den Weg nach Eufertal nicht verdrängen lassen.

Der Wahlkreis Rempen wählt mit 116,150 S. 4 Abgeordnete hat also 10,000 Seelen zu wenig jugetheilt erhalten, dadurch daß man das conservative Landgericht Ottobrunen mit 13,000 Seelen vom eigenen Bz. A. wegriß und nach Windelheim warf, das dadurch 13,000 S. zu viel bekommt. Das macht zwischen Rempen und Windelheim bloß die kleine Differenz von 23,000 Seelen zu Gunsten der Liberalen.

Günzburg-Ulm wählt auf 47,495 Seelen 2 Abg.; die blühende Intelligenz der Städte erweist offenbar die fehlenden 15,000 Seelen und doch theilt man das Landgericht Burgau mit 14,000 Seelen nach Donauwörth zu.

Würzburg I manirt mit 14,500 Seelen, dagegen hat Würzburg II 10,000 Seelen zu viel.

Günzburg wählt auf 47,500 Seelen 2 Abgeordnete, Remmth auf 75,800 Seelen auch nur zwei.

München, 8. Juli. Die „Augsburg. Abendztg.“ schreibt: Sicherem Vernehmen nach beabsichtigt die Staatsregierung in der zweiten Augushälfte den Landtag einzuberufen und denselben, je nach Ausfall der Wahlen, nach wenigen Wochen entweder bis Ende October zu vertagen oder aufzulösen und diesfalls Neuwahlen anzukündigen.

München, 8. Juli. Um halb 8 Uhr heute Morgen ist der Kronprinz des deutschen Reiches, von Wien nach Karlsruhe fahrend, hier angekommen. Der Bahnzug hatte bei Linz an der

Donau in Folge falscher Weichenstellung einen Zusammenstoß, wobei mehrere Passagiere verletzt wurden. Der Kronprinz ist unverletzt. Von seinem Gefolge ist ein Leibjäger leicht contusionirt.

— Wie der Staatsanzeiger-mitttheilt, ist bei dem Zusammenstoß, welchen der kronprinzliche Eisenbahnzug auf dem Wege nach Linz gehabt, Niemand zu Schaden gekommen. Dadurch erledigt sich die Zeitungsangabe, daß ein im Gefolge des Kronprinzen befindlicher russischer Offizier und ein Leibjäger verletzt worden seien.

Wien, 1. Juli. Unlängst haben wir an dieser Stelle die Lage der Katholiken Oesterreichs in Folge ihrer inneren Fehde besprochen und den Wunsch ausgesprochen, es möchte zum Wohle von Kirche und Staat eine Vereinbarung erzielt werden auf Grund der katholischen Prinzipien. Den gleichen Wunsch müssen wir heute in Bezug auf unsere katholische Presse wiederholen, und zwar um so dringender, als wir in ganz Oesterreich-Ungarn mehreren Hundert liberalen Zeitungen kaum 24 katholische entgegen zu stellen haben. Mit vereinten Kräften könnten selbst diese etwas austrichten, mindestens aber sich Achtung verschaffen, beides aber ist absolut unmöglich, so lange sie sich gegenseitig zur Freude und zum Vortheile des Liberalismus der Unwahrheit und Verleumdung tagtäglich zeihen und mit den giftigsten Pfeilen hin- und herschießen, wie z. B. „Baterland“ und „Volksfreund“ seit einigen Wochen wieder zu thun belieben. Beide Blätter behaupten, katholisch zu sein und die katholischen Interessen zu vertreten und zwar mit einem Ernste, daß ein mit den inneren Verhältnissen weniger Vertrauter, in die Lage des Herkules am Scheidewege kommt und nicht weiß, welchem Blatte er Glauben schenken soll, schließlich aber von solchem Gezänk angewidert keinem von beiden glaubt und auch nicht mehr liest. Leider sind beide Blätter das genaue Spiegelbild der sich bekämpfenden Parteien, nur mit dem kleinen Unterschiede, daß, wenn man im großen Ganzen beiden Unrecht geben, im Einzelnen doch dem „Baterlande“ und der von ihm vertretenen Partei den Vorrang gestatten muß, namentlich in Hinsicht der Art des Kampfes und der darin benützten Mittel, während umgekehrt die Volksfreundler nichts weniger als wählerisch sind, Als das „Baterland“ im Januar d. J. von einer seine Existenz fast in Frage stellenden Katastrophe heimgejagt worden war, dachte die Volksfreundeipartei dem besten Mitarbeiter desselben mit Maßregel drohen zu müssen, hoffend diesen ausgezeichneten Publizisten dem „Baterland“ zu entfremden. Wäre dieser „Geniestreich“ gelungen, so hätte die Kritik, die zwar noch nicht gehoben ist, da bei uns gut Ding gut Zeit braucht, acut werden können, zum Glücke ist derselbe aber an der Furchtlosigkeit des auf sein gutes Recht bauernden Mitarbeiters gescheitert. Dies war Grund genug, die Volksfreundeipartei zu erbittern und man konnte deutlich aus den Spalten ihres Organes die Quittung über die erlittene Niederlage herauslesen. So unerquicklich und unangenehm aber auch die gegenseitige Stellung der Parteien und somit der Redactionen auch ist, sind wir doch überzeugt, daß bei erhöhter gegenseitiger Ehrlichkeit, Anständigkeit und Hintansetzung getränkter persönlicher Eitelkeit auf Grund des göttlichen Rechtes der katholischen Prinzipien der Streit keendet und, wie früher erwähnt, ein Ausgleich angebahnt und durchgeführt werden könnte, um so mehr als ja beide Parteien und beide Blätter streng katholisch zu sein erklären und es nur eine katholische Kirche gibt. Ueberdies würde bei Anbahnung einer zu erzielenden Einigkeit, komme sie von welcher Seite immer, diejenige Partei, welche sich der Einigung im Principe widersehen wollte, jedes Rechtes geben und durch ihren Widerstand dokumentiren, daß sie das nicht ist, was sie zu sein vorgibt. Würde selbst eine Einigung nicht erzielt werden können, so wäre doch so viel gewonnen, daß durch Veröffentlichung der diesbezüglichen Akten klar gelegt würde, welches in Wahrheit die rechte katholische Partei sei, wodurch Tausende aus dem Zweifel gerissen, vor Indifferentismus bewahrt und dieser Partei in die Arme geführt würden. Da es nur Eine Kirche Gottes und Ein göttliches Recht gibt, das keiner juristischen noch sophistischen Auslegung oder Verdrehung unterliegt, da es zu klar und deutlich ist, kann es auch nur Eine katholische Partei geben. Wir empfehlen zum Schluß unsere wohlmeinende Ansicht allen Jenen zur genauen Würdigung, denen es Ernst mit der Sache ist und es mit Kirche, Volk und Land aufrichtig meinen.

Wien, 8. Juli. Nach Meldung der Wiener „Abendpost“ wurde Kaiser Franz Joseph noch im Laufe der vergangenen Nacht von dem Eisenbahnunfalle benachrichtigt, den der von dem Kronprinzen des deutschen Reiches benutzte Zug erlitten hatte. Der Kaiser sendete sofort auf telegraphischem Wege dem Ausdruck des wärmsten Bedauerns an den Kronprinzen mit dem herzlichsten Glückwunsch über seine Rettung aus Lebensgefahr. Nach Mittheilung der Direction der Westbahn trifft die Schuld des Unfalls den Wächter und den dienstthuenden Beamten, der nach einer erst jüngst wieder eingeschärften Vorschrift vor dem Einfahren des Personenzuges die Weichenstellung überwachen sollte. Der Handelsminister hat den Generaldirector der Westbahn zu sich berufen und die strengste Untersuchung und Abnüdung angeordnet.

Wien, 8. Juli. Wie das „Neue Fremdenblatt“ meldet, ist Kronprinz Rudolf in Folge einer Erfüllung seit gestern an leichten Blattern erkrankt; indeß sei der Zustand des Kronprinzen nach dem Ausspruch der Aerzte völlig ungefährlich und dürfte derselbe schon in wenigen Tagen genesen sein.

Frankreich.

Paris, 7. Juli. Officiell wird gemeldet: Die gestern an der Börse verbreiteten Gerüchte von angeblichen Schwierigkeiten mit der Deutschen Regierung und von dem angeblich seitens der letzteren gestellten Verlangen, daß Herr v. Sontaus-Biron abberufen werde, entbehren jeder Begründung.

Aus Toulouse, 5. Juli, schreibt man: Die Forträumungsarbeiten dauern fort und werden durch schönes Wetter begünstigt. Noch ist kein beunruhigendes Symptom für die öffentliche Gesundheit aufgetreten. In Verbun mußten die Arbeiten aus Mangel an Kräften zeitweilig eingestellt werden. Man erzählt, daß man dort an einer Stelle, wo etwa 15 Personen und 600 Lämmer begraben sind, um den Auslösungsporez zu beschleunigen, eine große Oeffnung gemacht, eine Tonne Petroleum hineingegossen und dasselbe dann angezündet hat.

Paris, 8. Juli. Wie aus der Normandie gemeldet wird, haben daselbst ebenfalls Ueberschwemmungen stattgefunden. Lisseuz (Département Calvados) und die umliegenden Ortschaften wurden in der vergangenen Nacht plötzlich unter Wasser gesetzt. Mehrere Häuser sind zerstört und Brücken fortgeschwemmt worden. Der Eisenbahnverkehr wurde unterbrochen. Sieben Personen sind ertrunken. In den niedriger gelegenen Stadttheilen von Lisseuz erreichte das Wasser eine Höhe von 2,50 Meter. Dasselbe ist augenblicklich im Sinken begriffen.

Verfaßtes, 7. Juli. In der Sitzung der Nationalversammlung wurde bei der heutigen dritten Berathung des Gesetzes über den höheren Unterricht der erste Artikel mit 515 gegen 117 Stimmen angenommen und dann erfolgte auch die Annahme von drei Paragraphen des zweiten Artikels. Die Weiterberathung des Gesetzes wurde hierauf auf morgen vertagt.

Spanien.

Madrid, 8. Juli. Das „Wolffsche Telegraphenbureau“ meldet: „Dortegaray ist bei Barbastro zurückgeschlagen worden und in die Sierra-de Guara entflohen. Er wird von den Regierungstruppen lebhaft verfolgt. Die Einnahme von Cantabria und dem dortigen Fort durch General Jobellar wird amtlich be-

stätigt, die gesammte, aus 2000 Mann bestehende Besatzung und die Artillerie ist in die Hände der Regierungstruppen gefallen.“

Holland.

Amsterdam, 2. Juli. Beiden engeren Wahlen sind wir leider in unseren guten Hoffnungen und Erwartungen getäuscht worden, indem es den „Liberalen“ gelungen ist, in Utrecht den bisherigen „conservativen“ Vertreter, wenn auch mit einer Majorität von nur 25 Stimmen, zu verdrängen und in Arnheim dem anti-revolutionären Mitbewerber um Graf Juyens's Sitz den Rang abzulaufen. „Diesen Sieg“, schreibt „de Tyd“, „haben die „Liberale“ zum großen Theile der Unverschämtheit zu danken, womit in ihren Tageblatt-artikeln, Streubillets und Annoncen die nichtswürdigsten und gehässigsten Erdichtungen verbreitet wurden, um die religiösen Leidenschaften der Wähler zu nähren. Der blinde Fanatismus befonders hat ihnen den Sieg erwirkt. Noch nie, selbst nicht während der Aprilbewegung, ist der Seltenhaß so sehr mit aller Macht angeblasen, als bei diesen Stichwahlen. In jedem District klang das Thema: „wer nicht für die Liberalen ist, ist für Rom.“ Die Candidaten, von welchen ohne jeden Grund, ohne jede Wahrscheinlichkeit oder sogar Möglichkeit, hinausgerufen wurde, daß sie zu Roma's Bundesgenossen zählen, waren in den Augen dieser Fanalisten Verworfen. Lieber als für diese hätten sie für Bekeub gestimmt. Selbst Savornin Lohmann (der Arnheimer Rivale des nunmehr gewählten Exministers Ceetsema), dem die Katholiken nur widerwillig ihre Stimme gaben, ist gefallen als Rom's Vasall. Nachdem das katholische Blatt in dieser Weise den „Liberale“ den Text gelesen und in einer folgenden Nummer aus den vier Districten einige der sogenannten Streuzettel zum Besten gibt, die in der That in Haß und Geifer das höchstmögliche leisten, überhäuft sie die „Conservativen“ mit wohlverdienten Vorwürfen wegen ihrer Lässigkeit und politischen Koncalanz, wodurch sie dem Minister Heemkerk seine Stellung so sehr erschwert haben. Zwar bezweifelt das Organ noch, ob die „Liberale“ unbeschränkte Herren des Terrains seien und über die absolute Majorität in der Kammer verfügen (sie zählten 42 Mann gegen 38 der übrigen Parteien, enthalten aber divergirende und zweifelhafte Elemente und haben zudem im Kreise Zuspäner, der ihnen nicht gesichert ist, das kaum wiedergewählte Mitglied durch den Tod verloren), erkennt aber doch, daß durch den Wiedereintritt der Minister a. D. de Vries und Ceetsema in die Kammer die Umflurpartei, an deren Spitze der Minister a. D. Franßen van de Putte steht, dem Cabinet bedeutende Schwierigkeiten bereiten dürfte. Indem wir den Ausfall der Wahlen als eine Fügung des Himmels betrachten, der uns in dieser allgemeinen Kampfeszeit die zur Sorglosigkeit einfließende Ruhe vorenthält, halten wir mit vertrauensvollem Blicke unsere Augen auf Heemkerk gerichtet, der, wenn er nur ernstlich will, den Conservatismus, und damit die christliche Schule, und damit das Heil einer späteren Generation zu erhalten im Stande ist.

England.

London, 9. Juli. Dem Vernehmen nach sucht die Regierung den Parlamentsschluß schon zum 31. Juli herbeizuführen. Disraeli soll sodann einen Besuch des Festlandes, wahrscheinlich eines Bades, gesundheitshalber beabsichtigen.

London, 7. Juli. In der Sitzung des Unterhauses erklärte Cochrane, daß er die Aufmerksamkeit des Hauses auf die Fortschritte Rußlands in Centralasien zu lenken wünsche und beantragte die Vorlegung der auf die Occupation Khinas durch Rußland bezüglichen Correspondenz. Bei Begründung seines Antrages wies Cochrane auf die Gefahren einer weiteren Ausdehnung Rußlands im Orient hin, welche nicht bloß einen Angriff auf Britisch-Indien wesentlich erleichtern, sondern auch für den Handel Englands verderblich werden könne. Der Redner wandte sich darauf gegen die seit längerer, unthätige Politik der englischen Regierung und wies darauf hin, daß Rußland aller gegenheiligen Zusicherungen der russischen Regierung ungeachtet seit 1871 wesentliche Fortschritte gemacht habe. Seines Erachtens sei es unthunlich, daß England auf irgendwelche Abmachungen oder Traktate mit Rußland sich nicht einlasse, im Gegentheil scheine es ihm dringend geboten, daß England vollständig freie Hand behalte. Afghanistan sei der Schlüssel zur Stellung Englands in Asien und es müsse alles nur irgend Mögliche gethan werden, um den Einfluß Englands dort zu befestigen. Er sei der Ansicht, daß der bevorstehende Besuch Indiens durch den Bringen von Waleis zur Erreichung dieses Zieles wesentlich beitragen werde. Nach einer kurzen Debatte erklärte der Unterhaussekretär im Ministerium des Auswärtigen, Bourke, er könne sich zu einer weiteren Veröffentlichung der auf den Vertrag mit Khiva bezüglichen Correspondenz, in so weit letztere nicht bereits publicirt worden, nicht verstehen. Es seien Mittheilungen und Depeschen zwischen England und Rußland über die centralasiatische Frage im Allgemeinen gewechselt worden, dieselben seien aber noch nicht reif zu einer Veröffentlichung. Sobald die hierzu passende Zeit gekommen sei, würden diese Schriftstücke dem Parlamente vorgelegt werden. Das englische Volk werde sicher damit einverstanden sein, daß die Regierung über den Charakter der gewechselten Schriftstücke nicht vorzeitig sich auslasse. Die Beziehungen Englands zu Rußland seien die freundschaftlichsten, er glaube nicht, daß Rußland die Hintergedanken hege, die man ihm zuschreibe. Die englische Regierung sehe die Frage keineswegs mit Gleichgültigkeit an, aber bis jetzt könne sie in dem Vorherrschen Rußlands in Centralasien nichts weiter als einen Umstand erblicken, der zur Aufschlingung der Hilfsquellen der centralasiatischen Länder führen werde. Die Regierung sei mit der Regierung von Indien darüber einverstanden, daß es gelte, Afghanistan zu fügen und zu erhalten und theile andererseits die Ansicht Rußlands, daß die Existenz eines gewissen Zwischengravens zwischen der russischen und der britischen Grenze eine Nothwendigkeit sei. Die Regierung aber wolle auf ein bezügliches formelles Abkommen mit Rußland sich nicht einlassen, daß sie in der Freiheit ihrer Action beschränkt würde. Sie behalte sich vor, Bündnisse mit den Völkern Centralasiens abzuschließen. Von Cochrane wurde darauf der gestellte Antrag zurückgezogen.

London, 8. Juli. Im Unterhause zeigte Disraeli an, der Besuch des Prinzen von Wales in Indien werde sechs Monate dauern, die Abreise sei auf Mitte October festgesetzt. Die Kosten der Seereise betragen 52,000, die Kosten des indischen Aufenthaltes, wo der Prinz Gast des Vicekönigs sei, wären auf 30,000 Pfund angeschlagen und würden aus dem indischen Staatskassap bezahlt. Er schlage vor, außerdem noch 60,000 Pf. für persönliche Ausgaben des Prinzen anzusetzen. — Auf Anfrage Duff's erwidert der indische Unterstaatssecretär, er habe Grund, zu glauben, daß Forsyth Betreffs der Differenzen mit Birma zu einem befriedigenden Abkommen gelangte, aber die nach der Ermordung Margary's erfolgte cordiale Aufnahme des chinesischen Generals durch den König von Birma machte notwendig, zu verlangen, daß Birma der von England geforderten Genußthuung keine Hindernisse in den Weg lege. Der König von Birma verweigerte jedoch den englischen Truppen den Durchmarsch. Er hoffe, der König werde den gerechten Forderungen Englands nachgeben. England suche den Zusammenstoß zu vermeiden; die Verhandlungen schwebten noch, eine Mittheilung der Schriftstücke sei nicht zeitgemäß.

Türkei.

Konstantinopel, 7. Juli. Durch die bereits gemeldete Abtretung von Port Zeyla an den Khevide erhöht sich der Tribut Egyptens um 15,000 Pfd. Sterl. Port Zeyla wurde bisher durch einen eigenen Scheich verwaltet, ohne daß sich die Pforte in die Verwaltung einmischte. Der Scheich war thatsächlich unabhängig von der Pforte, erkannte indessen die Suzeränität des Sultans an und zahlte demselben einen Tribut im Betrage von 800 Pfd. Sterl.

Konstantinopel, 7. Juli. Nachdem Charles von Lesseps auf seine im April bezüglich des Suezkanals gemachten Vorschläge von der Pforte noch keinen definitiven

Beibehalten hatte, zeigte derselbe Saffet Pascha an, daß er seine Vorschläge nunmehr zurückziehe. Lessers begiebt sich nächsten Freitag nach Paris.

Culturkampf.

Neub., 4. Juli. Am 1. Juli wurde die Auszahlung der fälligen Quartals-Rente des Staatsguthabes an unsere Herrn Oberpfarrer verweigert. In Folge dessen begaben sich, schreibt die „Neub.-Ztg.“, gestern Morgen zwei unserer Mitbürger zum Herrn Oberpfarrer und erklärten demselben, sie seien bereit, die Ansicht vieler der angehörenden Bürger dahin auszusprechen, daß die Pfarrgemeinden es sich zur Ehre anrechnen würden, jeden Ausfall der Rente ohnehin des höhern Alters wegen geschwächten Einnahme prompt zu erledigen. Die beiden Herren waren in der Lage, gleich eine entsprechende Summe zu überreichen. Der Herr Oberpfarrer dankte herzlich und freute sich, zum Vertrauen auf Gott auch Vertrauen in die Ergebenheit seiner Pfarrkinder sehen zu dürfen.

Düsseldorf, 7. Juli. Einem der „Germania“ zugehenden Berichte gemäß erließen letzte Tage Pfarrer des diesseitigen Regierungsbezirks von ihren Bürgermeistern Schreiben folgenden Inhaltes: „Erhaltenen Instruction gemäß wird der Herr Kultusminister die Wiederaufnahme der in Folge des Gesetzes vom 22. April c. eingestellten Leistungen an katholische Geistliche verfügen, wenn seitens der Beihilfigen die im § 2, beziehungsweise § 6 vorgeschriebene schriftliche Erklärung bei irgend einer amtlichen Stelle abgegeben wird.“ Hiernach ersuche ich Ew. Hochwürden amtlichen Stelle abzugeben, ob Sie geneigt sind, die fragliche Erklärung abzugeben, event. wollen Sie diese schriftliche Erklärung beifügen. Der Bürgermeister R.“

Münster, 8. Juli. Aus zuverlässiger Quelle erfährt der „Westf. Merz.“, daß der „Oberster Hof für kirchliche Angelegenheiten“ in Berlin beschließen hat, das Verfahren auf „Amtsentlassung“ gegen unseren hochwürdigsten Oberhirten Johann Bernard einzuleiten. Wie wir ferner vernommen, ist dem Herrn Kreisgerichtsrath Müller die übliche Vorunternehmung übertragen, und soll dieser bereits am nächsten Samstag einen Termin zur verantwortlichen Vernehmung anberaumen haben.“ Bekanntlich befindet sich unser hochwürdigster Herr Bischof auf einer Firmungstour im Decanate Geseff, welche er, wie es heißt, erst am Montag beendigen wird.

Baderborn, 6. Juli. In der auf den 15. d. M. anberaumten Vorlesung des hochw. Bischofs Conrad vor das Appellationsgericht zu Aachen bemerkt das „Westf. Volksbl.“: Bereits im vorigen Jahre war der hochw. Bischof angeklagt, den Seminarprediger Gierke als Hülfsprediger für das Pfarrdorf Lemme (Kr. Olpe) ermächtigt zu haben, wurde aber wegen Mangels an Beweisen vom Kreisgerichte und Appellationsgerichte freigesprochen. (Der Straftrakt lautete, wenn wir nicht irren, auf 200 Thlr. oder im Nichtzahlungsfalle auf 6 Wochen Gefängniß.) Das Obertribunal in Berlin hat jedoch jüngst auf die Nichtigkeitsbeschwerde der Oberstaatsanwaltschaft das zweifinständige Urtheil vernichtet und die Sache zur anderweiten Aburtheilung an das Appellationsgericht zu Aachen verwiesen. Es handelt sich in diesem Falle um die Frage, ob die sog. approbatio pro cura unter die Majeestät falle.

Fulda, 6. Juli. Der Immobilien-Verkauf des hiesigen Instituts der englischen Fräulein hat gestern Vormittag, laut der „Fulda. Ztg.“, durch Eintragung der Käufer in das Grundbuch seinen definitiven Abschluß gefunden.

Aus Schlessen, 4. Juli. Ein in Loslau seit langer Zeit als Commendant weiltender fränkischer Priester wandte sich lange vor Emanation des Sperregesetzes an die Regierung mit der Bitte um Bewilligung einer Unternehmung zum Zweck einer Badereise. Motivirt wurde die Bitte dadurch, daß der Vater des Priesters dem Staate etwa 50 Jahre gedient habe. In der ihm vor Kurzem gewordenen Antwort wurde er aufgefordert, eine schriftliche Erklärung abzugeben, daß er den Staatsgeheimnissen gehorche, dann sei man nicht abgeneigt, seiner Bitte zu willfahren. Die Erklärung unterließ er.

Badelschwerdt, 6. Juli. Die Grafschaft Olpe erleidet durch die „griechische“ Geldperrre nach der „Schl. Volksztg.“ einen Verlust von 4113 Thlr., außerdem an Holz für 240 Thlr., in Summa also 4350 Thlr. Was jetzt ist aber noch kein Geistlicher in Noth gerathen.

Grottau, 3. Juli. Wie uns aus ganz zuverlässiger Quelle mitgetheilt wird, hat der Schulvorstand in einem nahegelegenen Dorfe sich veranlaßt gesehen, höheren Orts gegen den dortigen Hülfsschuler Beschwerde zu führen, weil derselbe seit langer Zeit die Kinder vor und nach dem Unterrichte nicht mehr setzen läßt, im Schullocale während der Schulzeit seine Cigarette raucht und Freitag vor den Augen der Kinder seine Wurst verzehrt. Daß der betreffende junge Mann das ganze Jahr keine Kirche besucht, ist in der Gemeinde allgemein bekannt; auch fällt es daselbst allgemein auf, daß die Kinder seit längerer Zeit weder in noch außer der Schule des allerbarmhertigen katholischen Kreuzes: „Gelobt sei Jesus Christus“, sich nicht mehr bedienen.

Posen, 7. Juli. Der Propst Beyer in Kwiez, welcher seiner Zeit die Ercommunication gegen den Pfarrer Kik gesehen ließ, ist wegen unbefugter Vornahme von Amtshandlungen in der Nachbarparochie Rähme aus der Provinz Posen ausgewiesen worden.

Bermischte Nachrichten.

Bonn, 9. Juli. Bekanntlich hat der hochw. Herr Bischof von Baderborn seine unfeindlichen Klagen in Wesel dazu benutzt, um einen vortheilhaften „Katholizismus des römisch-katholischen Kirchenrechts“ abzuheben, der vor Kurzem im „Athenerschen“ Verlag in Münster erschienen ist. Die „Köln. Ztg.“ findet es in ihrem gefügigen Abendsblatt „interessant, daß auf dem Titelblatt steht: von Dr. Conrad Martin, Bischof von Baderborn“ und sieht darin eine „ausdrückliche Annahme des Amtes“, die eventuell für ihn den Verlust der Staatsangehörigkeit und die Ausweisung aus Deutschland zur Folge haben könnte. Man kann aus diesem Raisonnement wieder einmal sehen, welche tiefes Verhältniß von unserem heiligen Glauben die an genannter Zeitung beschäftigten Reptilien-Canonisten haben; glauben sie denn wirklich, daß die von irgend einem Staate ausgeprochene Amtsentsetzung irgend eines Bischofs für uns Katholiken von irgend welchem Belange sei? Wie die Bischöfe nur von der Kirche und nicht von der weltlichen Macht ihr Amt erhalten, so kann auch nur die Kirche eine solche Amtsentsetzung verfügen. Was also an der Hand der Majeestät der „Oberster Hof für kirchliche Angelegenheiten“ den Bischof von Baderborn seines Amtes verlustig erklären — wir Katholiken sehen in ihm den heiligsten noch immer den rechtmäßigen Inhaber des bischöflichen Stuhles.

Bonn, 8. Juli. Gestern wurde das für die rheinische Lauberei bestimmte Drahtseil bis Oberkassel gelegt und die Probefahrt sofort vorgenommen.

Bonn, 9. Juli. Gestern Nachmittag ertrank im Rhein das achtjährige Schöhnchen des Herrn Reppier.

Köln, 8. Juli. Von verschiedenen Seiten erhalten wir, schreibt die „Köln. Volksztg.“, Anfragen nach dem gegenwärtigen Stande der den viel besprochenen Klosterandal betreffenden Untersuchung. Wir können nur wiederholt darauf hinweisen, daß die Sache beim Gerichte anhängig ist, und daß für die öffentliche Meinung nicht der geringste Anlaß zur Beurkundung hinsichtlich des Ausgangs vorliegt. Auf die verschiedenen On dit einzugehen, welche über die Angelegenheit umlaufen, verlohnt sich nicht der Mühe.

Köln, 7. Juli. In der gestrigen Sitzung des demokratischen Vereins hielt Hr. Dr. jur. Oppenheim einen längeren Vortrag über den „besseren Theil“ der Bevölkerung. Redner kam dabei auch auf die „Studienreise“ des Hrn. Kultusministers Dr. Fall zu sprechen. Er führte aus, daß die Culturkämpfer durch die Hrn. Fall dargebrachten Ovationen die öffentliche Meinung in der Rheinprovinz zu fälschen gesucht hätten, daß, um seinen härteren Ausdruck zu gebrauchen, in dem Verbot des Fackelzuges zu Ehren des Hrn. Erzbischofs von Köln sich „Schwäche“ documentirt habe. Dabei hätten, wie die „Köln. Volkszeitung“ sagt, die culturkämpferischen Organe ihre Parteigenossen als den „besseren Theil“ der Bevölkerung wieder und wieder gefeiert und so diejenigen, welche für die Demonstration sich nicht hätten begeistern können, beleidigt. Viel passender wäre es jedenfalls gewesen, anstatt aufzuregen, zu beruhigen und die Gegensätze zu vermitteln. Der Vortrag des Herrn Dr. Oppenheim wurde mit großem Beifall aufgenommen.

Eustirchen, 5. Juli. Es war eine verhängnißvolle, bitterböse Nacht, die verfloß, für unsere nächste Umgebung und theilweise auch für uns. Nachdem es Tags vorher vorwärtig gewittert und der Regen fast ununterbrochen in Strömen herabgeschossen, gestaltete sich letzterer in der Nacht um Lesezeit und Bepnau herum zu einem wahren Wollenbruch. Das ganze Land wurde unter Wasser gesetzt und die Hoffnung auf eine lange erwartete gute Ernte ging abermals verloren. Der Strom des entseelten Elementes wälzte sich von dort aus durch den Beybach hier herunter und geräuschvoll auf dem Wege bis hier und noch weiter unten manches Gut, vernichtete manchen Acker und manchen Garten. Um 5 Uhr heute Morgen war die Communication um die L. f. Postanbahn herum — in der Nähe der sehr hoch gelegenen Eisenbahn — so vollständig unterbrochen, die von dort hinauf nach dem Ränfereiserer Wege führende Wilhelmstraße so tief unter Wasser gesetzt, daß, wenn man überhaupt diesen Weg hätte thun können. Die Anstrengungen, welche unter Aufsicht und Anleitung der städtischen Behörde gemacht wurden, um die dem raschen Durchfließen des Wassers sich entgegenstehenden Hindernisse an Brücken etc. zu beseitigen, blieben lange Zeit ohne den gewünschten Erfolg, und erst in sehr später Stunde und mit dem Aufwande aller Kräfte gelang es, das ge-

wünschte Ziel zu erreichen. Wie groß der durch dieses Wasser angerichtete Schaden sein mag, läßt sich wohl schwerlich, auch nur annähernd, bezeichnen; jedenfalls ist er sehr bedeutend. — Rüge Gott uns gnädig beschützen!

Mainz, 7. Juli. In Rheinhessen hat, soweit sich bis jetzt übersehen läßt, die katholische Volkspartei den Nationalliberalen drei Sitze entzogen, so daß die Partei auf dem nächsten Landtag anstatt der bisherigen drei, sechs Mitglieder zählen wird. Freiherr v. Köth, Buchdruckereibesitzer Falk III. und Kaufmann Nic. Kade aus Mainz werden als frische Kämpfer in die Kammer eintreten.

Deis, 5. Juli. Zum Tode des Pastors Reiche wird gerücheltweise gemeldet, daß ein Zufall zur Entdeckung der Wadegellen geführt habe. Zwei in einer Scheune nächtigen Bagabunden sollen durch ein Gespräch, welches sie mit einander führten, sich selbst verrathen haben. Ein jüdischer Handelsmann, von dessen Anwesenheit die Strolche keine Ahnung gehabt, sei Zeuge dieses Gesprächs gewesen und habe durch rechtzeitige Anzeige die Festnahme der beiden Mörder veranlaßt.

Wesl., 3. Juli. Auch die Einwohner der hiesigen Pfarrei haben sich auf Anregung des Kirchenvorstandes durch Unterrichtsbericht erklärt, unserm Herrn Pastor das sämtliche Einkommen, das ihm in Folge des „Brodbrotgesetzes“ vorenthalten wird, aus ihren Mitteln zu ersetzen.

Auf dem Dache des Fabrikgebäudes der Firma Siemens und Halske in Berlin, Markgrafenstraße 94, fand in der Nacht zum Dienstag eine Probe mit dem doch selbst neu konstruirten pyroelectricen Apparate statt. Der selben wohnten, wie hiesige Blätter berichten, außer mehreren hiesigen Gelehrten auch Officiere von der Artillerie-Prüfungs-Commission, dem Geniecorps und der Marine bei. Die Leistung des durch eine transportable Dampfmaschine in Thätigkeit gesetzten Apparates war eine ganz gewaltige. In einer Entfernung von 1 Meile ist man durch den Apparat in die Lage gesetzt, gewöhnliche Schrift lesen zu können. Bis in die Gegend des Schillerplatzes vermochte derselbe Tageshele zu verbreiten. Ein wunderbares Schauspiel gab es, wenn man den Apparat in einen schräg gegen den Himmel geneigten Spiegel leuchtete. Es erschien alldann am Himmel weithin sichtbar ein sonnenheller Schein, in dem sich bewegliche vor dem Spiegel gemachte Zeichen mit Schärfe wiederpiegelten. Das nahezu 2 Stunden lang dauernde Schauspiel hatte in den benachbarten Straßen eine große Anzahl Zuschauer angelockt. — In einigen Tagen wird der Apparat auf dem Artillerieplatz bei Tegel in Thätigkeit gesetzt werden, um einer speciellen Prüfung seitens der Militär-Verwaltung zu unterliegen.

Freiburg, 7. Juli. Alban Stolz hatte vor einigen Tagen das Unglück, von plötzlicher fast totaler Erblindung betroffen zu werden; doch haben, wie der „Fr. Volk.“ meldet, die Ärzte noch einige Hoffnung, daß das Augenlicht nicht ganz verloren sein werde.

Bei Oberammergau in dem engen Thale links vom Lober ging am 30. Juni ein heftiger Wollenbruch nieder und zerstörte in einer Stunde den mächtigen Schutzhau an der Leine, so daß diese die festen Dämme und zwei große Röhre durchriß, und Aeste, Steine und Sand bis in die Kammer hinabwälzte. Wäre das Wasser nur noch um einen halben Schuh angeschwollen, so würde das Dorf Oberammergau zerstört worden sein. Die Vernichtung der genannten Schutzwerte, welche aus den Ertragnissen der Passionsspiele mit unendlicher Mühe erbaut worden, verursacht einen Schaden von 12,000 Fl.

Genf, 8. Juli. Ein furchtbarer Sturm hat in der vergangenen Nacht im ganzen Kanton und in Savoyen gewüthet, ein denelben begleitendes Hagelwetter hat im Feld und in den Gärten fast Alles zerstört. In hiesiger Stadt sind über 10,000 Fenstererbsen zertrümmert und Tausende von Vögeln sind durch den Hagel erschlagen. In Berner führte ein Haus zusammen, wobei drei Personen das Leben verloren.

Riga, 8. Juli. Der König von Schweden, welcher gestern Abend 10 Uhr auf der hiesigen Rhede angekommen war, hat heute Vormittag die Sechenswürdigkeiten der Stadt besichtigt und ist um 1 Uhr Nachmittags mittelst Extrazugs nach Rostau weitergereist.

Telegraphische Depeschen.

Railand, 8. Juli. Wie die „Verfevaner“ erfährt, wird der Kronprinz Humbert von Italien nach München gehen und sich von dort wahrscheinlich auf einige Tage nach London begeben.

Alexandrien, 8. Juli. Der Rhebide hat angeordnet, daß vom September d. J. ab die Zeitrechnung des Gregorianischen Kalenders eingeführt werden soll.

Table with 5 columns: City, Date, and various financial data points.

Handel und Verkehr.

Berlin, 8. Juli. Durch die Herabsetzung des Disconto's auf 3 pCt. seitens der englischen Bank ist die seit einigen Tagen hier ins Werk gesetzte Hausbewegung zum Durchbruch gelangt, ohne daß derselben durch Veränderung der allgemeinen und namentlich der industriellen Verhältnisse eine reelle Basis gegeben wäre. Man hatte eine Erhöhung des hiesigen Disconto's gefürchtet, die aber in Wirklichkeit nicht eingetreten ist und nun zu stürmischer Courstreiberi Veranlassung gab. Von inländischen Eisenbahn-Actien stellten sich Berlin-Potsdamer und Berlin-Stettiner 0.50, Köln-Minden und Rheinische 0.25 pCt. besser, dagegen Magdeburg-Halberrädter 1.50, Magdeburg-Leipziger 0.90, Berlin-Anhalt 0.75, Berlin-Hamburg 0.25 pCt. schlechter. Berlin-Dresdener Stamm-Prioritäten waren sehr lebhaft bei 3.90 pCt. höherem Course. Bank-Actien bei höheren Coursen wenig belebt. Auch Industriepapiere zeigten einige Coursebesserungen. Von den speculativen Bergwerks-Actien waren Dortmund Union 0.60 pCt. besser. Unter den Cassa-Bergwerken gewannen Gelsenkirchen 3.50, Hibernia 2, Georg Marien, Magdeburger und Hürder je 4.50, Borussia 0.75, Köln-Minden 2.25, König Wilhelm 5.40 pCt. Pinnerberger Union waren 0.75 pCt. matter. Am Schluß der Börse war die Stimmung schwach.

Frankfurt, 8. Juli. Die Frankfurter Bank hat den Discont von 3 1/2 auf 4 pCt. erhöht.

Köln, 8. Juli. Cours-Bericht.

Table with multiple columns listing various stocks and bonds with their respective prices and values.

Table with 3 columns: Location, Price, and other financial data.

Table with 3 columns: Location, Price, and other financial data.

Die Notizen verstehen sich bei den Papieren derjenigen Gesellschaften, deren Geschäftsjahr mit dem 30. Juni schließt, excl. Dividende.

Table with 3 columns: Location, Price, and other financial data.

Table with 3 columns: Location, Price, and other financial data.

Table with 3 columns: Location, Price, and other financial data.

Table with 3 columns: Location, Price, and other financial data.

Table with 3 columns: Location, Price, and other financial data.

Table with 3 columns: Location, Price, and other financial data.

Table with 3 columns: Location, Price, and other financial data.

Table with 3 columns: Location, Price, and other financial data.

Table with 3 columns: Location, Price, and other financial data.

Table with 3 columns: Location, Price, and other financial data.

Table with 3 columns: Location, Price, and other financial data.

Table with 3 columns: Location, Price, and other financial data.

Table with 3 columns: Location, Price, and other financial data.

Table with 3 columns: Location, Price, and other financial data.

Table with 3 columns: Location, Price, and other financial data.

Table with 3 columns: Location, Price, and other financial data.

Table with 3 columns: Location, Price, and other financial data.

Table with 3 columns: Location, Price, and other financial data.

Table with 3 columns: Location, Price, and other financial data.

Table with 3 columns: Location, Price, and other financial data.

Table with 3 columns: Location, Price, and other financial data.

Advertisement for BOONEKAMP OF MAAG-BITTER, featuring a coat of arms and text describing the product's benefits and availability.

1 fräst. Biegelplüg, Ein Lehrer vom Lanbe (ath.) sucht zur Beaufsichtigung seiner Kinder ein Mädchen von 14-18 Jahren. Demselben wird auch Gelegenheit geboten, die Küche zu erlernen und sich in den Elementarfächern weiter auszubilden. Näheres in der Exped. d. J. 184 Weg Nr. 17.

